bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 10 | 12. Mai 2006

Rechte Szene 2

Standort „Heisenhof“
Neonazis wollen in Dörverden und Umgebung Jugendliche ködern. Die NPD hat den Kommunalwahlkampf 2006 eingeläutet.

„Multikulti-Nationalismus“
Die vom Kampfbund Deutscher Sozialisten favorisierte Idee einer Zusammenarbeit mit „türkischen Kameraden“ ist szeneintern umstritten.

„Arbeiterverräter“
Der NPD-Vorsitzende wettert beim 1. Mai-Aufmarsch in Rostock gegen SPD und Gewerkschaften. Mit „7 Prozent plus x!“ will die Partei im Herbst in den Schweriner Landtag einziehen.

„Selbstdarsteller“
Neonazi Worch erntet Spott und Hohn.

„Glücksritter ohne Zukunft“
Der NPD-Neuzugang Wagner stößt auf Kritik.

Verfassungsschutz 6

Abwärtstrend gestoppt
Mitgliederzuwachs für die Hamburger NPD – auch die Zahl an rechtsextremen Skinheads und Neonazis ist gestiegen.

Ausland 7

Erfolge für Rassisten
„Rückkehr zu britischen Werten“

Szene im Wandel
Zulauf für Rechtsextremisten in den USA.

Rezensionen 8

Kein Grund zur Verharmlosung
Auch in Bayern sind rechtsextreme Umtriebe und Gewalttaten an der Tagesordnung.

Im Dienst der Aufklärung
Hamburger Jugendschutzbehörde veröffentlicht Broschüre zu Esoterik, Okkultismus und Satanismus.

Grauzone 9

Ikone aus der NS-Zeit
Ein in rechtsextremen Kreisen vielgefragter Vertreter der „Erlebnisgeneration“.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Die Tore öffnen
Eine Entscheidung, was mit den in Arolsen lagernden Akten von NS-Opfern geschehen soll, ist überfällig.

Meldungen 11

Rechte Szene

Standort „Heisenhof“

Neonazis wollen in Dörverden und Umgebung Jugendliche ködern. Die NPD hat den Kommunalwahlkampf 2006 eingeläutet.

Im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Innenministeriums in Hannover heißt es über den „Heisenhof“ lapidar: „Im Berichtszeitraum machte der befürchtete Ausbau des Heisenhofes zu einem Veranstaltungszentrum über erste Versuche hinaus keine Fortschritte“. Aber von einem „Stillstand“ auszugehen, entspricht nicht den Tatsachen. Auch ist verwunderlich, dass die Beobachter aus Hannover keine Erwähnung für den Neonazi-Standort Heisenhof als NPD-Wahlkampfzentrale für den Bundestag 2005 fanden. Immerhin hatte die Verdener Polizei dies bestätigt und in rechtsextremen Internetforen wurde die Bedeutung der Rieger-Immobilie für Plakatier- und Verteilungsaktionen offensichtlich.

Auf dem Heisenhof herrscht Betrieb. Seitdem die Riege um NPD-Kreisbereichsleiter Sven Wellhausen, seinem Stellvertreter Matthias Schultz und dem neuen JN-Landeschef Daniel Fürstenberg offiziell ihren Wohnsitz in der Gemeinde Dörverden angemeldet hat, führen sie mehrmals in der Woche Infostände in der Verdener Innenstadt durch. Sie werden dabei auch von Freien Nationalisten aus Bremen unterstützt. Zudem fanden bereits Plakatieraktionen statt – der Kommunalwahlkampf 2006 hat für die Verdener NPD begonnen. Die Heisenhofler rechnen sich Chancen aus, unter anderem in den Gemeinderat von Dörverden einzuziehen, immerhin konnte hier die NPD ihren Stimmenanteil im Herbst 2005 verzehnfachen.

Obwohl vonseiten des Landkreises ein Wohnnutzungsverbot für den Heisenhof besteht, ist auffällig, dass die umtriebige Truppe frühmorgens von dort aus ihre Aktionen startet. An ihrer gemeldeten Wohnadresse wurden die Neonazis bisher nicht gesichtet. Mit Sorge beobachten Anwohner die Anzahl Jugendlicher aus dem Landkreis, die auf dem Gelände Kontakt zu den Neonazis suchen. Bereits Ende 2005 sollen Fürstenberg und Co. Jugendliche auf einem Spielplatz in der Nachbargemeinde mit Sprüchen, wie, es sei alles „ganz locker“ auf dem Heisenhof, geworben haben. Die Militärfahrzeuge von Wehrmachtsfan Jürgen Rieger, die auf dem Gelände stehen, üben einen zusätzlichen Reiz aus. Engen Kontakt pflegen die Heisenhof-Neonazis zu jungen Rechten aus Langwedel. Unangemeldet legten sie am 8. Mai in der Gemeinde einen Kranz am Kriegerdenkmal nieder. Immer wieder kommt es in Langwedel zu Übergriffen und Gewaltaktionen, vor allem an den Wochenenden, wenn Volksfeste stattfinden.

Die Anzahl junger Rechtsextremisten, die sich auch in der Öffentlichkeit zu erkennen geben, wächst. Beim „Hafenfest“ in Achim tauchte eine Gruppe von 10 bis 15 Neonazis auf. Junge Anhänger besuchen die Infostände der NPD in Verden. Am 29. April griffen rechte Jugendliche in „Combat 18“-Shirts, die dem „Rotenburger Widerstand“ zugerechnet werden, einen Journalisten an. Eine Woche später versuchten etwa 25 Neonazis, eine Veranstaltung des DGB gegen Rechts in Walsrode zu stören, mit dabei neben „Sneverjungs“ und „Kameradschaft Celle“ auch Heisenhof-Anhänger.

Als die Behörden in Bad Nenndorf den Aktivisten der ehemaligen „Kameradschaft Weserbergland“ Marcus Winter (jetzt Nationale Offensive Schaumburg) wegen seiner Vorstrafen als Anmelder für eine Mahnwache am 6. Mai ablehnten, sprang der Verdener Matthias Schultz ein und fungierte als Versammlungsleiter. Gemeinsam marschierten die Neonazis zum ehemaligen britischen Militärgefängnis. Die NPD-Anhänger, unter ihnen Dirk Botterbrodt, Marco Siedbürger und Arvid Strelow, posierten zunächst nur mit Transparenten und Fahnen. Als jedoch zahlreiche Gegendemonstranten immer weiter in Hörnähe rückten, platzte Winter schließlich der Kragen. Er griff zum Mikrophon und versuchte, seine Durchsage zu machen. Der Einsatzleiter der Polizei ging dazwischen und es kam zu einer Auseinandersetzung zwischen Neonazis und Polizei. Wieder mal mit dabei: die NPD-Kommunalwahlkandidaten Schultz und Fürstenberg. Gegen Arvid Strelow läuft zur Zeit ein neues Verfahren wegen Körperverletzung, Bedrohung und Nötigung. Er hatte vor einigen Wochen in der Nacht in Lindhorst ein Pärchen mit einer Gaspistole angegriffen, ein Sondereinsatzkommando der Polizei hatte daraufhin die Nazi-WG gestürmt.

Andrea Röpke

„Multikulti-Nationalismus“

Die vom Kampfbund Deutscher Sozialisten favorisierte Idee einer Zusammenarbeit mit „türkischen Kameraden“ ist szeneintern umstritten.

Es war ein „ganz besonderer Gast“, der „es sich nicht hatte nehmen lassen“, eine Neonaziveranstaltung am 22. April in Hamm „mit seiner Anwesenheit zu beehren“. So hieß es von einem anonymen „Berichterstatter“ des Aktionsbüros Westdeutschland. Nein, es war kein bekannter Kopf der Szene, der den Neonazis im Westfälischen die Ehre gab – statt dessen ein namenloser „türkischer Nationalist“, tätig in einer „antiimperialistischen Organisation“. Was er in seinem Grußwort sagte, gefiel dem Aktionsbüro West sehr: „Wie uns, ging es ihm darum, dass jedes Volk ein Recht auf seine Nation, seine Heimat und damit auch auf den ureigensten Nationalstolz besitzt und nicht durch fremdgesteuerte Überfremdung und imperialistische Okkupation zersetzt werden sollte.“ Mit seiner Anwesenheit habe der „türkische Kamerad“ symbolisch für den „Freiheitskampf und die Freundschaft unserer Völker sowie den wechselseitigen Respekt und die Achtung von Nationalisten untereinander“ gestanden.

Von einem „türkischen Kameraden“ zu sprechen: Für viele Neonazis, deren interkultureller Horizont beim „Ausländer raus“-Ruf endet, übersteigt das bei weitem ihr Vorstellungsvermögen. Thomas Brehl, Neonazi mit jahrzehntelangem Vorlauf und einer der führenden „Köpfe“ des Kampfbundes Deutscher Sozialisten (KDS), versucht dennoch, die braunen deutsch-türkischen Kontakte seinen Kameraden schmackhaft zu machen. Zwar sei „durch die millionenhafte Einwanderung überwiegend ungebildeter und armer Volksmassen aus aller Herren Länder die geradezu sprichwörtliche Gutmütigkeit weiter Teile unseres eigenen Volkes allmählich an ihre Grenzen gelangt“. Doch man müsse „ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass die Türken nicht per se unsere Feinde sind“. Brehl: „Stellen die Türken einerseits das größte Kontingent raumfremder Einwanderer, so verbindet unsere Völker andererseits auch eine gewachsene, traditionelle Völkerfreundschaft, die erst dann Risse bekam, als verantwortungslose deutsche Politiker die einen zu Dauergästen der anderen machten.“ Brehl erinnert an „die Geschichte der deutsch-türkischen Freundschaft, die bereits seit mehr als hundert Jahren besteht und auch im II. Weltkrieg erfolgreich praktiziert wurde, nachdem sie bereits im I. Weltkrieg ihre Feuertaufe erhalten hatte“.

Vorsichtige Unterstützung erhält Brehl bei seinen Bemühungen um Kontakte zu türkischen „Nationalisten“ in der Neonaziszene, aber vor allem auch schroffe Ablehnung. „Wenn sie Nationalisten wären, würden sie in der Türkei leben! Organisationen wie die ‘grauen Wölfe’ in Deutschland könnten ihre Loyalität unter Beweis stellen, indem sie unser Land verlassen!“, meint beispielsweise ein Autor in einem Neonazi-Forum. Auch diese Türken würden ihr „Gastrecht“ missbrauchen. „Was zum Teufel habe ich als Nationalsozialist mit der Türkei am Hut?“, fragt ein anderer. Ebenso gut könne man sich auch mit dem Judentum verbrüdern.

Szeneintern steht wieder einmal der KDS, der sich einst mit den Diktaturen Nordkoreas und Iraks verbrüderte und dem nun „Multikulti-Nationalismus“ vorgeworfen wird, in der Kritik. Er habe wohl die „Blutsfrage“ über Bord geworfen, hält man ihm vor. Und: Die neue Idee des KDS sei „genauso wahnwitzig wie die, dass linke bzw. kommunistische und rechte Kräfte zusammen für den Sozialismus kämpfen sollen. Das ist in meinen Augen VERRAT!!!“ Ein dritter meint, dass der KDS mit nationalistischen Türken zusammen arbeiten wolle, sei „wirklich an Lächerlichkeit nicht zu überbieten. Aber was will man erwarten von Leuten, die mit Braunhemd und Seitenscheitel rumrennen und Kommunismus verherrlichen. Ich jedenfalls möchte auf nationalen Veranstaltungen keine Kana**en sehen!“

Brehl scheint aber von seiner Idee nicht abzubringen zu sein: „Nichts wird das Klischee vom ausländerfeindlichen Rechtsextremisten so sehr ad absurdum führen, wie die Anwesenheit türkischer Nationalisten auf unseren Veranstaltungen und – wenn es möglich ist – sogar als Redner auf unseren Demonstrationen.“ Dass es dazu bei Neonazi-Aufläufen kommen wird, bezweifelt ein Brehl-Gegner: „Welcher Türke würde z.B. gegen den Bau von Moscheen oder ‚Deutsche Arbeit für deutsche Menschen’ demonstrieren? Ebenso glaube ich nicht, das Türken auf einer Nationalen Demonstration willkommen wären.“

Tomas Sager

„Arbeiterverräter“

Der NPD-Vorsitzende wettert beim 1. Mai-Aufmarsch in Rostock gegen SPD und Gewerkschaften. Mit „7 Prozent plus x!“ will die Partei im Herbst in den Schweriner Landtag einziehen.

Wieder einmal war es der antiquierte rote Hanomag aus Lüneburg, der der NPD auf ihrer bundesweiten Mai-Kundgebung unter dem Slogan „Arbeit für Deutsche“ als Beschallungsanlage diente. Mit der Lautsprecheranlage des Neonazi-Gefährts um den Personenkreis des NPD-Ordnerdienstleiters Manfred Börm (Handorf) wurden Parolen wie „Lasst uns zerschlagen, was uns zerschlagen will“ verbreitet. Rund 1700 NPD-Anhänger hatte es an die Ostsee gezogen, um den Wahlkampf für einen Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 17. September einzuleiten. Die Nationaldemokraten reisten dabei mit 16 Bussen aus ganz Deutschland an, aber auch mit der Bahn oder per Privat-Pkw.

Der Aufzug setzte sich erst mit über zweieinhalbstündiger Verspätung in Bewegung. Bis dahin lauschte man Balladen von den Szene-Liedermachern Annett und Michael beziehungsweise ließ sich die Suppe aus der selbst mitgebrachten Gulaschkanone schmecken. Seinen ersten großen Auftritt hatte dabei Andreas Wagner, der von der Partei nach schmerzhaften Austritten und Abgängen nun als spektakulärer „Zulauf-Star“ „vermarktet“ wird. Er war kurz zuvor aus dem Lager der linken WASG – dort immerhin Bundesvorstandsmitglied – ausgeschieden und von der sächsischen NPD-Landtagsfraktion als neuer sozialpolitischer Berater vorgestellt worden.

Vor dem Oberverwaltungsgericht hatte die NPD sich das Recht erstritten, unmittelbar vor dem DGB-Haus eine Kundgebung abhalten zu dürfen. Dort titulierte Stefan Köster, NPD-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern und Demo-Anmelder, den Ort mit „die Heimstätte der Arbeiterverräter“. Parteichef Udo Voigt wetterte gegen Gewerkschaften und Sozialdemokraten und versuchte sich als wahrer Geschichtslehrer: „Faschismus in Deutschland hat es nie gegeben. Die einzigen Faschisten waren 43 italienische Botschaftsmitarbeiter in Berlin“. Er formulierte das Ziel der NPD im Herbst: Mit „7 Prozent plus x“ wolle man ins Schweriner Schloss einziehen. Diese Prognose gönnt man sich, da man bei den vergangenen Bundestagswahlen schon einmal 3,5 Prozent der Stimmen errang. Der Landtagsspitzenkandidat der NPD, Udo Pastörs, hat nicht die Gabe, die freie Rede zu beherrschen. Stolperartig musste er von seinem Manuskript ablesen. Tonfall und Diktion waren vergleichbar mit einer einpeitschenden Goebbels-Rede, wenn er gegen die etablierten Parteien (Pastörs: „Blockparteien“) polemisierte und feststellte: „Diese Gauner lassen unsere Jugend eiskalt verrotten“. Er schimpfte auf die „Wegwerf-BRD“ und bezeichnete Ausländer als „Fremdlinge“.

Die nächsten Reden folgten vor dem Jobcenter der Arbeitsagentur Rostock. Dort stellte Holger Apfel als Kopf der sächsischen NPD-Landtagsfraktion seine Partei als einzige Saubermann-Partei vor, die in der sozialen Frage Kompetenz aufzuweisen habe. Nationalismus und Antikapitalismus seien untrennbar verbunden. Apfel witzelte dann noch über die parteiübergreifende Homosexualität an den Beispielen von Guido Westerwelle, Klaus Wowereit und Ole von Beust. Als Schulterschluss mit den Freien Nationalisten ist es zu verstehen, dass die einschlägig vorbestraften Thüringer Thorsten Heise (Fretterode) und Patrick Wieschke (Gotha) reden durften, die beide der NPD angehören, aber eigentlich viel lieber mit den Freien Kräften agieren. Heise forderte beispielsweise rassistisch die strikte Trennung in Klassenzimmern zwischen deutschen und ausländischen Schülern.

Hinter den Kulissen hat es allerdings Streit um die Gestaltung des Rostock-Aufzugs bei der NPD gegeben. Involviert darin war der bei den Neonazis als einer der Wortführer bekannte Thomas „Steiner“ Wulff, der sich deshalb auch nicht in der Hansestadt blicken ließ.

Insgesamt sprach die Polizei von acht Festnahmen aus dem rechten Lager. Ein Rostocker ließ sich von seinem Balkon sogar mehrfach zum Hitler-Gruß hinreißen und erntete Beifall und Sprechchöre der Vorbeimarschierenden. An die Rostocker Bevölkerung wurde die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ verteilt, unter den Rechtsextremisten die neue Ausgabe des aus Schleswig-Holstein verbreiteten Magazins „Durchblick“ gehandelt.

Horst Freires

„Selbstdarsteller“

Neonazi Worch erntet Spott und Hohn.

Christian Worch hatte einen Traum: endlich einmal in Leipzig eine Demonstration ungestört und wie geplant über die Bühne zu bringen. 14 Mal war er mit diesem Vorhaben in den letzten fünf Jahren gescheitert. Und auch am 1. Mai 2006 blieb es ein Traum. Sein neues Konzept – nicht ein Demonstrationszug, sondern zwei mit einem gemeinsamen Ziel im linksalternativ geprägten Stadtteil Connewitz – ging nicht auf. Sein eigener Trupp musste weit vor dem Ziel wieder umkehren; der von Steffen Hupka angemeldete zweite Zug kam keinen Meter voran, da er am Hauptbahnhof von Bürgern blockiert wurde. Nur noch 540 Neonazis mochten in diesem Jahr in Leipzig aufmarschieren, gerade einmal halb so viele wie vor einem Jahr.

Dabei hatte es Worch diesmal nicht nur mit seinen üblichen Feindbildern von sturen und schikanösen Leipziger Behörden und Nazigegnern, die die Straßen blockieren, zu tun. Querschüsse gab’s auch aus den eigenen Reihen. Ostdeutsche Neonazis meldeten kurz vor dem 1. Mai – quasi als bewusste Alternativveranstaltungen zu Leipzig – eigene Veranstaltungen an, darunter eine in Magdeburg mit immerhin über 400 Teilnehmern. Und nach dem ersten Maiwochenende musste er gar Hohn und Spott über sich ergehen lassen. Als „Stausteher“ titulierten ihn sächsische Neonazis, die selbst an diesem Tag drei „Spontan“-Demonstrationen in Bautzen, Niesky und Hoyerswerda durchgeführt hatten. Die Reise nach Leipzig, „um dort zwischen Antifa-Schlägern und Christian Worch bzw. Steffen Hupka (!) seinen Tag mit Nichtstun zu verbringen“, hatten sie nicht antreten wollen. Was sie von den beiden halten, ist auf der Internetseite „Freies Sachsen“ nachzulesen: Worch ein „Selbstdarsteller“, und Hupka sei einer, der „von vielen aufgrund zwielichtiger Geldgeschäfte auch gern ‘kleinkriminell’ genannt“ werde.

Worch will an seinen Leipzig-Demos festhalten: Zweimal jährlich soll weiterhin in der Sachsen-Metropole demonstriert werden – „wenn die örtlichen Kameraden Interesse haben, von mir aus auch öfter“.

Tomas Sager

„Glücksritter ohne Zukunft“

Der NPD-Neuzugang Wagner stößt auf Kritik.

Dass ein Berater einer Parlamentsfraktion ganz offiziell vor der Landespressekonferenz vorgestellt wird, geschieht eher selten. Am 28. April war es so weit. Vor den Journalisten in Dresden saßen sie einträchtig nebeneinander: der NPD-Fraktionsgeschäftsführer Peter Marx und zu seiner Rechten ihr frisch gekürter „sozialpolitischer Berater“ Andreas Wagner. „Gerade im Bereich der Sozialpolitik gibt es eine große thematische und inhaltliche Schnittmenge zwischen WASG und NPD“, stellte Wagner fest und nannte insbesondere Mindestlöhne, Mindestrente, paritätische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und Ablehnung der Globalisierung. Ein Bundesvorstandsmitglied der WASG, das in ihre Reihen wechselt: Der NPD mochte es als Glücksfall erscheinen. Gleich drei Tage später durfte Wagner als Redner bei der 1.-Mai-Demonstration der Partei in Rostock auftreten.

Doch mit ihrem Neuzugang kann die NPD nicht überall punkten. Als „Glücksritter“ und „Spesenritter, der weiß, dass er in der ‘Linkspartei’ keine Zukunft hat“, wurde Wagner in rechtsextremen Kreisen tituliert. Und im Forum des „Freien Widerstands“ ist eine Erklärung „Freier Nationaler Sozialisten“ gegen Wagners Wechsel nachzulesen. „Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass es der A. Wagner war, welcher am 16. August 2004 die Teilnahme freier nationaler Sozialisten an der 1. Anti-Hartz-Demo in Chemnitz verhinderte“, heißt es darin. „Wagner wetterte gegen jede Form von Nationalismus und versuchte die anwesenden Bürger wo es nur ging negativ gegen die Nationalisten zu stimmen.“ „Ein Subjekt wie Wagner“ mit einem Posten im sächsischen Landtag zu versorgen, müsse „bei freien nationalen Sozialisten Bestürzung und Befremden hervorrufen“.

Marx ficht das nicht an. Er hoffe auf Wagner als eine Art Brückenkopf, ließ er wissen. Die Erwartung der NPD: Gerade im Osten, wo sich WASG-Gruppen in klarer Abgrenzung zur PDS gründeten, könnte der eine oder andere im Zuge des Vereinigungsprozesses beider Parteien das Weite suchen und den Weg zur NPD finden.

Tomas Sager

Verfassungsschutz

Abwärtstrend gestoppt

Mitgliederzuwachs für die Hamburger NPD – auch die Zahl an rechtsextremen Skinheads und Neonazis ist gestiegen.

Die Rechtsextremisten in Hamburg stoppten den seit 1997 anhaltenden Abwärtstrend und verzeichneten im Beobachtungsjahr 2005 stärkeren Zulauf. Maßgeblich für die leicht steigende Tendenz im rechtsextremen Lager (2004: 530 Personen, 2005: 550) sei die NPD (der „Kristallisationspunkt im rechtsextremistischen Gefüge“) gewesen, erklärte der parteilose Hamburger Innensenator Udo Nagel. „Die Partei konnte einen erheblichen Mitgliederzuwachs verzeichnen, unter anderem aus den Kreisen von Neonazis und neonazistisch geprägten Skinheads“, fasste Nagel die aktuelle Entwicklung in seinem Vorwort zum Verfassungsschutzbericht zusammen.

Während die Deutsche Volksunion (DVU) und die „Sonstigen“ (der im Januar aufgelöste Hamburger REP-Landesverband und die Deutsche Partei) Federn lassen mussten und sich ihre Mitgliederzahl von 180 auf 170 Personen beziehungsweise von 20 auf 10 Personen reduzierte, legte die NPD als einzige Partei deutlich zu – die Nationaldemokraten gewannen 45 neue Mitglieder und wuchsen auf 140. Ein Grund für den Anstieg war der Zerfall der Republikaner in Hamburg. Der komplette REP-Vorstand und eine Reihe einfacher REP-Mitglieder traten im Rahmen des „Hamburger Signals“ zur NPD über. Deren Propagandisten hätten es zudem geschafft, so Verfassungsschutzchef Heino Vahldieck (CDU), den „Verein alter Herren“ so zu modernisieren, dass er nunmehr auch für Neonazis und Skinheads attraktiv sei.

Und für Frauen, denn seit dem 27. November 2005 steht mit der 34-jährigen Anja Zysk erstmals eine Frau an der Spitze der Hamburger NPD. Zysk, die Ulrich Harder ablöste, verkörpert einen deutlich aggressiveren politischen Stil als ihr Vorgänger. Während Harder nur „ausländische Kriminelle, abgelehnte Asylbewerber und Dauer-Sozialhilfe-Empfänger“ ausweisen wollte, orientiert sich Zysk an der „Handreichung“ des Bundesvorstandes. Darin heißt es unmissverständlich: „Jeder ausländische Arbeitsplatzbesitzer ist einer zuviel.“ Mit Blick auf die Entwicklung am rechten Rand sagte Vahldieck: „Die NPD ist drauf und dran, die entscheidende Kraft zu werden.“ Mit starker Hamburger Beteiligung übrigens: Der Rechtsextremist Torsten Heise gehört zum Bundesvorstand der NPD und Neonazi Thomas Wulff wirkt im Dunstkreis von Parteichef Udo Voigt.

Im Blickpunkt der Öffentlichkeit stand erneut der seit einem Vierteljahrhundert aktive Hamburger Neonazi Christian Worch. Er meldete bundesweit zahlreiche rechtsextreme Demonstrationen an. Eine Schlüsselrolle im organisierten Rechtsextremismus komme dem Alt-Aktivisten allerdings wegen seiner „Selbstbezogenheit und Streitlust“ nicht mehr zu – trotz zahlreicher Erfolge (unter anderem bei der versammlungsrechtlichen Durchsetzung von Veranstaltungen) und der Aufgabe seiner ablehnenden Haltung gegenüber der NPD und der von ihr vertretenen „Volksfront“-Ideologie.

Als größter „aktionistisch orientierter Personenzusammenschluss von Rechtsextremisten in Hamburg“, so der Bericht des Landesverfassungsschutzes, profilierte sich erneut die NPD-nahe Neonazi- und Skinheadszene um Torben Klebe im Stadtteil Bramfeld. Unter den Aktivisten befinden sich ehemalige Mitglieder des im Jahr 2000 verbotenen „Hamburger Sturm“, die nunmehr an Info-Ständen unter der unverdächtigen Bezeichnung „Bürgerinitiative Unsere Zukunft“ auftreten.

Anlass zur Sorge bereitet dem Verfassungsschutz die leichte Zunahme bei gewaltbereiten Skinheads von 140 auf 150. Die Zahl der Neonazis hat sich um fünf auf 80 erhöht. Angestiegen ist auch die Zahl der rechtsextremen Straftaten (plus 112 auf 285, also um knapp 65 Prozent), darunter 20 Gewaltdelikte.

Volker Stahl

Ausland

Erfolge für Rassisten

„Rückkehr zu britischen Werten"

„Stolz verkünden wir den Beginn der Britischen Revolution!", kommentierte die British National Party (BNP) die Ergebnisse der britischen Kommunalwahlen Anfang Mai. 356 Kandidaten hatten die Rechtsextremisten ins Rennen geschickt. Mit 31 Mandaten, 26 mehr als bei den letzten Gemeinderatswahlen, errang die BNP ihr bestes Resultat seit über 10 Jahren. In zwei weiteren Wahlkreisen wurden Nachzählungen angeordnet. Insgesamt stimmten 233 437 Wähler/innen für die rassistische Partei.

Meinungsumfragen mit Zustimmungsraten von bis zu 25 Prozent für die BNP, Heimat von Neonazis und militanten Skinheads, hatten bereits im Vorfeld den sensiblen Charakter des Urnenganges deutlich gemacht. Gezielt hatten die Parteistrategen über die eigene Kampagne mit den Schwerpunkten Sicherheit und Arbeit versucht, soziale Ängste und Enttäuschung innerhalb der Bevölkerung auszunutzen. Anstelle von öffentlichen Kundgebungen setzt die Partei verstärkt auf Hausbesuche der Kandidaten. Unter dem Slogan „Britain first" fordert die BNP eine „Rückkehr zu britischen Werten" und vertritt eine strikte Haltung gegen Einwanderung.

Besonders stark schnitten die Rechtsextremisten in London ab. In den östlichen Arbeiterbezirken Barking und Dagenham holte die BNP rund ein Viertel der Mandate und wurde zweitstärkste politische Kraft. In der Stadt Burnley, wo es im Juni 2005 zu schweren Rassenkrawallen zwischen asiatischen und weißen Jugendlichen gekommen war, gewann die seit 1999 von Cambridge Absolvent Nick Griffin geführte Partei zwei Sitze hinzu und stellt nunmehr acht Stadträte. Der seit den Bombenanschlägen von London mehrfach durch anti-islamische Hetze aufgefallene Vorsitzende ist der Architekt des Anspruches der BNP auf die Vertretung der oft beschworenen „angry white men" unter den britischen Bürgern. Unter Griffins Ägide schmiedete die Partei paneuropäische Allianzen mit dem französischen Front National oder dem belgischen Vlaams Blok.

Michael Funk

Szene im Wandel

Zulauf für Rechtsextremisten in den USA.

Die radikale US-amerikanische Rechte ist 2005 trotz zahlreicher Verhaftungen und der Krise ehemals führender Organisationen weiter gewachsen. Das geht aus dem Jahresbericht der Bürgerrechtsorganisation The Southern Poverty Law Center aus Alabama hervor. Aufgeführt werden insgesamt 803 so genannte „Hate Groups", von denen der Löwenanteil der rechtsextremen Szene zuzuordnen ist. Dies sind fünf Prozent mehr als noch 2004 und ein Anstieg von über 30 Prozent seit dem Jahr 2000. Die Zahl rechter Internetseiten wuchs von 468 (2004) auf 524 (2005) an.

Bei den Neonazis (stagnierend bei 157 Gruppen) hat die „National Alliance" 2005 knapp 60 Prozent ihrer Mitglieder und damit ihre Führungsrolle eingebüßt. Splittergruppen wie „National Vanguard" oder Billy Ropers „White Revolution" waren bislang nicht in der Lage, das entstandene Machtvakuum zu füllen. „Aryan Nations" und „The Creativity Movement" (vorher „World Church of the Creator") treiben nach dem Verlust ihrer Führungsköpfe weiter der Bedeutungslosigkeit entgegen. Nutznießer der Entwicklung ist „National Socialist Movement" (NSM), auch bekannt als „American Nazi Party", die Mitgliederzuwächse von über 44 Prozent verzeichnete und durch ihr offensives Agieren mehrfach Schlagzeilen machte. Die Anzahl von Ku Klux Klan-Gruppen stieg von 162 auf 179. Im Skinhead-Lager ist neben dem Anstieg von 48 auf 56 Gruppen die Bildung von Allianzen mit ehemals rivalisierenden Neonazi-Organisationen zu beobachten. Im Oktober 2005 schlossen sich mehr als ein Dutzend Skinhead-Gruppen zum „Blood &Honour USA Council" zusammen. Die Kräfteverhältnisse innerhalb der Szene sind im Hinblick auf den größtenteils von Skinheads kontrollierten lukrativen Markt für rassistische Musik, Kleidung oder anderen Nazi-Utensilien von Bedeutung.

Zuwachs verzeichneten auch wieder die Anhänger der pseudoreligiösen „Christian Identity"-Lehre (35 Gruppen), aus deren Reihen in der Vergangenheit viele gewaltbereite „White Supremacy"-Fanatiker hervorgegangen sind.

Michael Funk

Rezensionen

Kein Grund zur Verharmlosung

Auch in Bayern sind rechtsextreme Umtriebe und Gewalttaten an der Tagesordnung.

Über Rechtsextremismus in Bayern mit Schwerpunkt Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz informiert eine 175 Seiten umfassende Dokumentation, die das Bayernforum der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben hat.

Umfangreich dokumentiert sind in der Broschüre „Rechte Strukturen in Bayern" antisemitische und fremdenfeindliche Übergriffe von 1994 bis 2005 im Freistaat. Die angeführten Beispiele zeigen, dass auch in Bayern entgegen offizieller Verlautbarungen rechte Umtriebe und Gewalttaten an der Tagesordnung sind. Den Nährboden für Gewalt, so die beiden Autoren der Dokumentation, Andreas Angerstorfer und Annemarie Dengg, würden unter anderem „Wölfe im Schafspelz" bereiten, die selbst nicht zur Gewalt aufrufen. Das Kapitel „Rechte Gesinnungen haben viele Gesichter" widmen die Autoren, beide Mitarbeiter der Universität Regensburg, der so genannten „Neuen Rechten". Geschickt versuche diese, „mit tadellosem, seriösem äußeren Erscheinungsbild als Publizisten, Journalisten, Anwälte usw. ganz gezielt die Unterschiede zwischen konservativen Einstellungen und Haltungen zu rechtsextremistischen Positionen zu verwischen", betonen Angerstorfer und Dengg, die sich seit 15 Jahren gegen Rechtsextremismus engagieren. Kenntnisreich berichten die Autoren in weiteren Kapiteln über die Entwicklungen der rechtsextremen Organisationen, Parteien und Strukturen in Bayern.

Hilfreich für Leser/innen der Broschüre sind sowohl die genannten Internetadressen als auch Literaturtipps zum Thema. Einer Aktualisierung bedarf jedoch das Kapitel über in Bayern ansässige Stiftungen, Gesellschaften und Vereine.

Neben der Broschüre wurde von Angerstorfer und Dengg auch eine 14 Tafeln umfassende Ausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern" erarbeitet. 10 Tafeln zeigen die aktuellen Entwicklungen dieser Szene in Bayern (Parteien, Neue Rechte, Lifestyle et cetera) auf. Drei Tafeln „Was kann man dagegen tun?" wollen mit Beispielen aus Bayern zum Aktivwerden gegen den Rechtsextremismus anregen. *Anton Maegerle*

Die Ausstellung und die Broschüre „Rechte Strukturen in Bayern" können kostenlos angefordert werden: Bayernforum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Prielmayerstraße 3, 80335 München Tel.: 089/51555240, Fax: 089/5155244; www.bayernforum.de

Im Dienst der Aufklärung

Hamburger Jugendschutzbehörde veröffentlicht Broschüre zu Esoterik, Okkultismus und Satanismus.

Ein 12-jähriger Junge, der Gregor A. Gregorius' schwarze Sexualmagie viel spannender findet als Harry Potter und längst schon angefangen hat, sein Leben nach satanischen Regeln auszurichten – derartig heikle Beratungsfälle gehören zum Alltag von Ursula Caberta, der Chef-„Geisterjägerin" der Landesjugendbehörde Hamburg im „Bereich neureligiöse und ideologische Gemeinschaften und Psychogruppen".

„Unser Arbeitsschwerpunkt liegt nicht in der Ermittlung, sondern in der Prävention von Straftaten", erklärt die 55-jährige Dienststellenleiterin, die sich selbst scherzhaft als „Sektentante" bezeichnet. „Wir verfolgen einen Ansatz, der helfen soll, gefährliche Ideologien, die fröhliche Urstände feiern, rechtzeitig zu erkennen." Dafür ist eine intensive Aufklärungsarbeit nötig. Deshalb hat die Behörde jetzt unter dem Titel „Brennpunkt Esoterik" eine umfangreiche Broschüre zum Themenbereich Okkultismus und Satanismus vorgelegt.

Mögen Wünschelrutengänger, Edelsteinheiler oder Leute, die meinen, durch „sensitiv begabte Medien" könne Kontakt zu Verstorbenen, Geistern und Elfen hergestellt werden, auf den ersten Blick harmlos erscheinen. Der Eintritt von immer mehr Menschen ins New Age zeitigt Folgen. „Wir stellen eine stetige Erosion des aufgeklärten Weltbilds fest", warnt Hartmut Zinser, Professor für Religionswissenschaft an der Freien Universität Berlin. „Mit Kartenlegen oder dem Auspendeln existentieller Entscheidungen geben viele Menschen die Verantwortung für ihr Leben ab."

Gemäß einer Forsa-Umfrage von 2003 zeigt sich jede fünfte Frau in Deutschland für „Übersinnliches“ wie Horoskope und Hellseherei aufgeschlossen. „Viele Eltern schleppen sogar schon ihre Kinder zu Esoterik-Seminaren“, bedauert der Politologe Rainer Fromm. „Die Kids wachsen in Parallelwelten mit Trollen und Kobolden auf. Das ist tragisch.“

Wenn Jugendliche Musik von Künstlern mit unappetitlichen Namen wie „Der Blutharsch“ hören und den heftigen Drang verspüren, so auszusehen wie Draculas Opfer nach kompletter Blutentnahme, dann ist das kein Grund zur Panik, aber zu erhöhter Wachsamkeit. Denn die Gothic- oder Gruftie-Szene gilt als eine der Hauptandockstellen für den Rechtsextremismus. In der Dark-Wave-Subkultur braut sich seit Jahren ein explosives Gemisch aus okkult-esoterischen, neosatanischen, neuheidnischen und antizivilisatorischen Ideologien, versetzt mit allerlei NS-Mythen zusammen. So wird beispielsweise von einem Unternehmen mit dem unverfänglichen Namen Verlag und Agentur Werner Symanek (VAMS) neben revisionistischer Literatur auch Tonträger von rechtsradikalen Bands wie „Blood Axis“ oder „Feindflug“ vertrieben. – Letztere haben sich vor allem durch Samplings von Hitler-Reden einen Namen gemacht.

„Auch antisemitische Verschwörungstheorien feiern seit Jahren eine Renaissance“, warnt der Rechtsextremismusexperte Rainer Fromm. „Mal müssen die Illuminaten, mal die Rothschilds, mal die Freimaurer als Synonym für ‘das Weltjudentum’ herhalten, dem die Schuld an Kriegen, Ausbeutung, Massenarmut und Naturzerstörung zugeschrieben wird.“ Der erfahrene Fernsehjournalist geht davon aus, dass sich „in der Mitte unserer Gesellschaft“ zusehends ein „neuer Totalitarismus“ breit macht. „Transfer-Orte für antiaufklärerisches und rechtsextremes Gedankengut sind längst nicht mehr dunkle Hinterzimmer und die NPD, sondern Manager-Seminare und Esoterik-Buchhandlungen.“

Volker Stahl

„Brennpunkt Esoterik“ kann kostenlos heruntergeladen werden: www. landesjugendbehoerde-bfi. hamburg.de

Grauzone

Ikone aus der NS-Zeit

Ein in rechtsextremen Kreisen vielgefragter Vertreter der „Erlebnisgeneration“.

In der „National-Zeitung“ meldete sich jüngst Oberst a.D. Hajo Herrmann zu Wort. Herrmann, der am 1. August seinen 93. Geburtstag feiern kann, plaudert im Interview aus, wie er Hermann Göring, den Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1935 kennenlernte und später „stundenlang im tiefernsten Gespräch“ mit ihm zusammensaß. Der in Düsseldorf lebende Rechtsanwalt ist einer der letzten noch lebenden Größen der hitlerschen Erlebnisgeneration und damit ein viel gefragter Gesprächspartner in rechtsextremen Kreisen. Im Juni soll er beim „4. Freiheitlichen Kongress“ des NPD-nahen „Deutsche Stimme Verlages“ in Erscheinung treten. Auch beim „2. Freiheitlichen Kongress“ 2004 war Herrmann zugegen. 2005 outete er sich in der „Deutschen Stimme“ als NPD-Wähler.

Herrmann gehörte zu einem geheimen Vorauskommando im Spanischen Bürgerkrieg, noch bevor er bei der „Legion Condor“ Einsätze flog und war während des Zweiten Weltkrieges als Jagd- und Kampfflieger im Einsatz. Ende 1944 wurde er zum Inspekteur der deutschen Luftverteidigung ernannt. Für seinen „bewunderungswürdigen Einsatz für Volk und Vaterland ... als auch in der Nachkriegszeit als mutiger Zeitzeuge, Buchautor und Strafverteidiger angeklagter Patrioten“ wurde Herrmann im April 2004 von der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik mit der „Ulrich von Hutten-Medaille“ ausgezeichnet. Als Rechtsanwalt stand er Holocaust-Leugnern wie David Irving, Fred Leuchter, Otto-Ernst Remer und Udo Walendy zur Seite.

Schlagzeilen lieferte Herrmann Ende 2005. Damals wurde öffentlich bekannt, dass der „Verein Gedächtnisstätte“ aus Vlotho/Nordrhein-Westfalen in der sächsischen Kreisstadt Borna ein „Denkmal für deutsche Kriegsopfer und ein Dokumentationszentrum“ errichten wolle. Die Idee für das Projekt hatte Herrmann. Im März dieses Jahres zog die Stadt Borna die Baugenehmigung dafür zurück.

Anton Maegerle

Blick in die Zeitgeschichte

Die Tore öffnen

Eine Entscheidung, was mit den in Arolsen lagernden Akten von NS-Opfern geschehen soll, ist überfällig.

Die Geschichte ist uralt und reicht zurück bis ins Jahr 1943. Die Alliierten wussten damals inzwischen so viel über die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazis, dass sie in London ein Suchbüro gründeten. Es sollte nach der Befreiung Europas von den Nazis helfen, unter anderem Häftlinge mit ihren Angehörigen zusammenzubringen. Als am 6. Juni des folgenden Jahres die Westalliierten in der Normandie landeten und immer weiter auf das Gebiet des „Dritten Reiches“ vorrückten, nahmen sie das Büro mit – zuerst nach Versailles, dann nach Frankfurt am Main. Im Dezember 1945 wurde dann beschlossen, den „International Tracing Service“ (ITS) nach Arolsen bei Kassel zu verlegen – in die geographische Mitte der vier Besatzungszonen. So entstand in einer alten SS-Kaserne der kleinen Stadt nach und nach das Büro mit dem größten Archiv der Holocaust-Opfer.

Zehn Jahre später, 1955, übernahm das Rote Kreuz den Suchdienst. Dem obersten Kontrollgremium gehörten zehn Staaten an. Das waren neben den Siegermächten auch Italien und die Bundesrepublik, die für die Finanzierung aufkam. Chef des ITS sollte immer ein Schweizer sein. Der erste war Albert de Cocatrix, der als Mitglied einer Delegation des Roten Kreuzes mehrere NS-KZs besucht hat und das Grauen der Lager aus eigener Anschauung kannte. Cocatrix stürzte sich förmlich in die Arbeit. Er wollte überall da helfen, wo es möglich war. Da er auch ein politisch denkender Mensch war, wollte er in Arolsen gleichzeitig ein Informationszentrum gegen Neonazis und Rechtsextremismus aufbauen. Wissenschaftler, Journalisten und andere gingen in dem kleinen Verwaltungsgebäude ein und aus, oft von Cocatrix persönlich mit Akten und Dokumenten versorgt. So entstanden in deutschen und internationalen Medien viele Berichte, Kommentare und Features über den ITS. Die Öffentlichkeit erfuhr dadurch oft überhaupt erst etwas über diese Einrichtung.

Das freilich passte der Schweizer Zentrale nicht. Sie fürchtete um ihre strikte Neutralität – auch gegenüber alten und neuen Nazis – und versetzte Albert de Cocatrix in den vorzeitigen Ruhestand. Sein Nachfolger warf das Ruder um 180 Grad herum. Unter seiner Leitung wurde der ITS zu einer Bunkeranlage, die kein Fremder betreten durfte. Dabei wuchs der Bestand an Dokumenten immer weiter an und beträgt derzeit etwa 17 Millionen vorwiegend persönliche Daten über NS-Opfer. Die aber durfte niemand benutzen – außer den Opfern und ihren Angehörigen. Von denen aber gibt es immer weniger und so werden die Bestände zu einer Arbeit von Sammlung um ihrer selbst willen.

Gleichzeitig nahm der Druck deutscher und ausländischer Forscher auf die Bundesregierung zu, endlich die Tore in Arolsen zu öffnen – wenigstens für die Wissenschaft und die Medien. Der massivste Protest kam aus den USA. Das Holocaust-Museum in Washington unterstellte der Bundesregierung sogar, NS-Verbrechern zu verschleiern und Handlanger von Holocaust-Leugnern zu sein. Ein abstruser Vorwurf schon deshalb, weil in Arolsen kaum Täterakten liegen. Immerhin bot Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) während eines USA-Besuches Mitte April den Kollegen in Washington an, die Bestände von Arolsen als digitale Kopien zur Verfügung zu stellen. Das geht deutschen Forschern zu weit. Aus guten Gründen sind sie gegen eine solche „Vermarktung“, um die es sich nämlich handeln dürfte. Der auch international hoch angesehene Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, Wolfgang Benz, sagte der Süddeutschen Zeitung“: Ich sehe weder eine moralische noch eine anders geartete Berechtigung dafür, dass das Holocaust-Museum ausgerechnet dieses Material haben muss.“ Zu Recht vermutet Benz hinter der Forderung handfeste, auch finanzielle Interessen, weil sich mit dem Holocaust auch Geld verdienen lasse.

Am 16. Mai soll der „Internationale Ausschuss“, das oberste Aufsichtsgremium des ITS, in Luxemburg über die Zukunft der Akten von Arolsen entscheiden. Vieles spricht dafür, dass die Bunkermentalität beendet wird. Das ist überfällig, aber eben nicht in der Art, wie das Museum in Washington sich das vorstellt.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Wiederwahl

Wattenscheid – Ein Parteitag der nordrhein-westfälischen NPD hat am 7. Mai in Wattenscheid den Landesvorsitzenden Stephan Haase im Amt bestätigt. Haase habe „an die 90 Prozent der Stimmen auf sich vereinen können!, teilte die NPD mit. Wiedergewählt wurden auch seine Stellvertreter Claus Cremer (Bochum-Wattenscheid) und Timo Pradel (Märkischer Kreis). Neu in der Riege der drei Stellvertreter als Nachfolger von Mathias Rochow ist Detlev Hebbel (Velbert), der zugleich als Landesschatzmeister fungiert. Habbel hatte bereits im alten Landesvorstand die Kasse geführt, nachdem der beim Parteitag 2004 gewählte Landesschatzmeister Horst Rosenow im August des selben Jahres gestorben war. Neu im Vorstand sind unter anderem als Beisitzerinnen auch zwei Frauen: Marion Figge (Hochsauerlandkreis), die zuvor in Hessen Funktionärin der Partei war, und Liane Berger aus Mettmann. (ts)

Störenfriede von der NPD

Forchheim/Eggenfelden – NPD-Anhänger haben in Bayern zwei Gewerkschaftsveranstaltungen zum 1. Mai aufgemischt. Rund 40 Rechtsextremisten störten am 1. Mai eine Feier des DGB im fränkischen Forchheim. Sie marschierten mit einem NPD-Transparent auf und verteilten am Rande der Gewerkschaftsveranstaltung Flugblätter, in denen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie als „Verräter am deutschen Arbeiter“ diffamiert wurden. Nach ihrem provozierenden Auftritt führten die Rechtsextremisten eine Spontandemonstration in der Fürther Innenstadt durch. Im bayerischen Eggenfelden musste der DGB am 1. Mai einen Umzug absagen, da sich NPDler und Junge Nationaldemokraten mit NPD-Fahnen unter den DGB-Umzug mischen wollten. Auch bei der DGB-Kundgebung vor dem Rathaus in Eggenfelden zeigten die Rechtsextremisten Präsenz und verteilten Flugblätter. Im Vorfeld der Gewerkschaftsveramstaltungen in Eggenfelden hatte der NPD-Kreisverband Rottal-Inn „die deutsche Jugend zu kreativen Aktionen zum 1. Mai“ aufgefordert. (am)

„White-Power“-Spektakel

USA (Dawson Springs) – Vom 26. bis zum 29. Mai wird im US-Bundesstaat Kentucky das jährliche „Nordic Fest 2006“ stattfinden. Die viertägige Veranstaltung wird von der Ku Klux Klan-Gruppe „Imperial Klans of America“ (IKA) und der Neonazi-Organisation „Blood&Honour USA“ (B&H) gemeinsam auf dem Gelände des IKA-Hauptquartiers ausgerichtet und ist eines der größten „White Power“-Festivals auf amerikanischem Boden. Das Programm umfasst Konzerte, Vorträge, Christian Identity-Gottesdienste und Verkaufsstände mit Kleidung, CDs oder Spielzeug. Höhepunkt ist traditionell die zeremonielle Verbrennung mehrerer Kreuze, darunter ein Hakenkreuz. Die vorläufige Sprecher- und Gästeliste nennt Repräsentanten aus den Reihen von B&H, „National Socialist Movement“, „The Creativity Movement“ sowie den IKA. Als „Special Guest“ angekündigt ist der antisemitische Radiomoderator Hal Turner, der in der Szene wegen seiner radikalen Ansichten hohes Ansehen genießt. Das Festival soll darüber hinaus auch für ein Treffen des im vergangenen Oktober gegründeten „Blood & Honour USA Council“ genutzt werden. (mf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de